

Rassismus, Ausgrenzung und Verschwörungserzählungen – die AfD in München

Die selbsternannte „Alternative für Deutschland“ ist die größte extrem rechte Partei in Deutschland. Sie ist in vierzehn Landesparlamenten, dem Bundestag, dem EU-Parlament und vielen Kommunalparlamenten vertreten. Dort hat die AfD in den vergangenen Jahren Politik gegen alle Menschen gemacht, die für sie nicht gleichberechtigter Teil des ‚deutschen Volkes‘ sind, Verschwörungserzählungen verbreitet und demokratische Parlamente als Bühne für ihre rechten Inszenierungen genutzt. Auch in München hat die Partei seit ihrer Gründung 2013 Strukturen aufgebaut und verfügt aktuell über einen Ortsverband und vier Kreisverbände im Stadtgebiet sowie einen für den Landkreis. Seit den Kommunalwahlen 2020 sitzen drei AfDler*innen im Münchner Stadtrat, drei Abgeordnete im bayerischen Landtag, zwei im Bundestag, einer im Europäischen Parlament und 16 ihrer Vertreter*innen in 14 Münchner Bezirksausschüssen.



AfD-Landtagswahlkampf 2023 in München: Mit Informationsständen versuchen Kandidat*innen wie Christian Unzner (Vordergrund), ihre extrem rechten Positionen in die Bevölkerung zu tragen. Bild: firm



Im Oktober 2023 organisiert die AfD eine Kundgebung auf dem Stachus. Vor den Absperrgittern protestieren rund 60 Antifaschist*innen mit Bannern und Sprechchören gegen die Partei. Bild: firm

Wie in anderen Städten macht die AfD hier Stimmung gegen Migrant*innen, Geflüchtete und Muslim*innen, hetzt gegen LGBTQI-Personen, schürt Ängste in der Bevölkerung und arbeitet mit anderen verschwörungsideologischen und extrem rechten Akteur*innen zusammen.

Die Münchner AfD ist wie der bayerische Landesverband fest in der Hand von Personen, die offen extrem rechts auftreten. Ihre innerparteilichen Gegner*innen haben Funktionär*innen wie der Scharfmacher und Vorsitzende des Kreisverbandes München Ost, Rene Dierkes, oder der für seine geflüchtetenfeindliche Agitation bekannte Vorstandskollege im Münchner Westen, Markus Walbrunn, kaltgestellt. Widerspruch gegen eine offen extrem rechte Strategie gibt es innerhalb der bayerischen AfD im Jahr 2024 nicht – in München ist sie seit Jahren feste Linie der Partei.

Ausgrenzung mit Angst

Die AfD macht in ihren Programmen den Bürger*innen vor allen Dingen Angst. Im Landtagswahlprogramm 2023 unter anderem vor einer „unsichere(n) Stromversorgung“, „kulturfremder Masseneinwanderung“, der „Bedro-



AFD-Stadtrat und –Landtagsabgeordneter Markus Walbrunn auf einer Kundgebung an der Münchner Freiheit im September 2023. Bild: firm

hung von Kunstschatzen in bayerischen Museen durch militante Extremisten und internationale Diebesbanden“, „No-Go-Areas“, „öffentlich-rechtlicher Propaganda“, „Straßenblockaden von Gruppierungen wie der ‚Letzten Generation‘“, „Gender-Propaganda“ einer „einseitige(n) Politisierung der Kunst“ in einer „geistig und kulturell erschütterte(n) Nation“ oder der „Entmündigung von Landwirten und Verbrauchern durch immer mehr Verordnungen“. Die Schreckensszenarien richten sich gegen bekannte Feindbilder der extremen Rechten: Migrant*innen, Geflüchtete, Muslim*innen, LGBTQI-Personen, Journalist*innen und politische Gegner*innen. Außerdem behauptet die AfD von sich, als einzige Partei für ‚die Freiheit‘ einzutreten, alle Anderen handeln angeblich „ideologisch“ – eine durchschaubare Strategie, um sich selbst aufzuwerten und zu verharmlosen. Sie unterstellt ihren Gegner*innen sogar immer wieder „totalitär“ zu sein – und rechtfertigt damit auch den Einsatz starker Mittel im Kampf gegen diese angeblichen schlimmen Feinde.

Die AfD macht in ihren Programmen den Bürger*innen vor allen Dingen Angst.

von sich, als einzige Partei für ‚die Freiheit‘ einzutreten, alle Anderen handeln angeblich „ideologisch“ – eine durchschaubare Strategie, um sich selbst aufzuwerten und zu verharmlosen. Sie unterstellt ihren Gegner*innen sogar immer wieder „totalitär“ zu sein – und rechtfertigt damit auch den Einsatz starker Mittel im Kampf gegen diese angeblichen schlimmen Feinde.



Seite an Seite mit extrem rechten Verschwörungsideolog*innen und Aktivist*innen: AfD-Funktionär*innen auf der Bühne einer Veranstaltung von AfD und dem „Compact-Magazin“ auf dem Karl-Stützel-Platz im Februar 2023..
Bild: firm

Gegen Geflüchtete, Migrant*innen und Muslim*innen

Die AfD malt tagtäglich drastische Schreckensszenarien mit Blick auf die öffentliche Sicherheit. Sieht man sich die Veröffentlichungen der Partei an, entsteht der Eindruck, dass in Deutschland schwere Gewaltverbrechen alltäglich sind. Diese werden laut AfD vor allem von Migrant*innen und Geflüchteten verübt, die sie im Internet gerne mit KI-Bildern als blutrünstige gewalttätige Schläger und Triebtäter darstellt. Die angeblichen Missstände sollen als Argument dienen für ein hartes Vorgehen gegen die angeblichen Schuldigen: Geflüchtete sollen am besten gleich an den EU-Außengrenzen mit einer „Festung Europa“ abgewehrt werden. Dass jährlich tausende Schutzsuchende bei dem Versuch nach Europa zu kommen getötet werden, nimmt sie in Kauf und behauptet fernab der Realität, dass die deutschen Grenzen „offen“ seien. Der AfD-Landtagsabgeordnete Rene Dierkes veröffentlichte im November 2023 ein Bild, das eine Schwarze Familie vor einem Tisch voller Geldscheinbündel zeigt. Dazu schreibt er „Schlaraffenland BRD, mehr Migranten als Deutsche im Bürgergeld“ und fordert unter anderem „keine Subvention für Untätigkeit“ sowie „endlich eine Regierung, die sich um ihr eigenes Volk kümmert“. Dierkes hetzte im gleichen Monat gegen

„Zelt-Invasoren“, mit denen die Stadt „zugeballert“ würde. Gemeint sind Geflüchtete, die trotz der winterlichen Temperaturen in Zelten übernachten müssen. Im Landtag beantragte Dierkes im Februar 2024 zusammen mit dem „remigrationspolitischen Sprecher“ der AfD-Fraktion, Christoph Maier, das Grundrecht auf Asyl „ersatzlos zu streichen“. Sein Münchner Parteifreund, Berufsschullehrer Christian Unzner, scherzte 2023 auf AfD-Veranstaltungen darüber, einen seiner Schüler abschieben zu wollen. Bruno Fuchert, der die AfD im Bezirksausschuss Ramersdorf vertritt, klagt über die „Schleppung von Faulen/Schmarotzer Afrikanern“. Sinti und Roma, die nach dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 von dort nach München flüchteten, nannte AfD-Stadtrat Markus Walbrunn „angebliche Kriegsflüchtlinge“, klagte über deren „Anspruchshaltung“ und rief nach Grenzkontrollen. Im Münchner Stadtrat greift die AfD Geflüchteten-Unterstützer*innen und Seenotrettungsinitiativen an und versucht, die Einrichtung neuer Unterkünfte zu verhindern. Geflüchtete, die es nach Deutschland geschafft haben, möchte die AfD schlechter stellen, also zum Beispiel nur noch mit Sachleistungen versorgen. Außerdem verlangen ihre Funktionär*innen groß angelegte Abschiebungen und sprechen im Duktus der extrem rechten „Identitären Bewegung“ von „Remigration“. Mit Vertreter*innen dieser Gruppierung trafen sich AfD-Funktionär*innen im November 2023 in Potsdam und Dasing bei Augsburg, um über Pläne für eine Vertreibung von Menschen zu beraten. Die AfD-Landtagsfraktion veröffentlichte ein eigenes Programm mit einem „Remigrationsplan“. Für die AfD sind solche Maßnahmen Teil ihres Kampfes gegen das, was sie in rassistischer Manier die „kulturfremde Masseneinwanderung“ und „fortschreitende Islamisierung“ des Landes nennt.

Besonders im Fokus der AfD stehen Muslim*innen: Die Partei behauptet, dass sie die deutsche Gesellschaft unterwandern würden, um das Grundgesetz mit archaischen Regeln zu ersetzen. Dabei schert sie alle Muslim*innen über einen Kamm und rückt sie in die Nähe von Islamist*innen. Wenn es nach der AfD geht, soll die Möglichkeit der Religionsausübung für Muslim*innen in Bayern soweit wie irgendwie möglich einschränkt werden: das Tragen von Kopftüchern soll im öffentlichen Dienst, Kitas und Schulen verboten werden, ebenso wie der Bau von Minaretten und Muezzinrufe zum Gebet. Bei Neubauten von Moscheen soll das Baurecht „streng ausgelegt“ werden, Steuergeldzahlungen an islamische Organisationen möchte die AfD gleich komplett einstellen. Kaum erstaunlich, dass Parteivertreter*innen gegen Muslim*innen hetzen: Thomas Baack wettet online gegen „muslimische Invasoren“, Bezirksausschussmitglied Bruno Fuchert wittert eine „steuergeldbezahlte Islamisierung in der EU“ und eine „Islam-Weltherrschaft“. Der AfD-Landtagsabgeordnete Benjamin Nolte



Die AfD entmenschlicht Migrant*innen und Geflüchtete als „Asyl-Flut“. Bild: firm

und Mietpreisbremsen lehnt sie etwa als „sozialistisch“ ab, in ihren Forderungen spielt sie die Menschen, die sie für Deutsche hält, gegen Migrant*innen und Geflüchtete aus. Sie versucht, Neid zu schüren, indem sie zum Beispiel behauptet Senior*innen und Kinder würden nicht versorgt, weil das Geld für die Unterbringung von Geflüchteten ausgegeben werde. Laut AfD werden

Die sozialpolitischen Vorschläge der AfD sind deutlich geprägt durch rassistisches und neoliberales Gedankengut

deutsche Staatsbürger beim Zugang zu Wohnraum benachteiligt durch „Verzerrungen auf dem Wohnungsmarkt infolge staatlicher Eingriffe bei der Asylbewerberunterbringung“. Sie fordert daher unverhohlen eine staatliche Diskriminierung bei der Wohnraumvergabe: „Bei der Vergabe von Wohnheimplätzen sollten deutsche Studenten gegenüber ausländischen Kommilitonen Vorrang haben.“ In München versucht die AfD, Geflüchtete gegen andere Menschen auszuspielen und verlangt, mit Abschiebungen „mehr Wohnraum“ zu schaffen. Im April 2023 forderten AfD-Stadtrat Markus Walbrunn und seine Kolleg*innen, allen Geflüchteten auf unbestimmte Zeit den Zuzug nach München zu verbieten. Aus der EU möchte die AfD austreten und darüber abstimmen lassen, ob Deutschland

erklärte im Wahlkampf 2018 in Lappersdorf: „Unsere bayerische Kultur ist nicht mit dem Islam vereinbar“ und setzte ‚den Islam‘ mit Genitalverstümmelung, Burkas und Scharia gleich. Nolte weiter: „Wir werden unsere Heimat und unsere Kultur nicht kampfflos hergeben. (...) Ich will in Bayern keine schwarzgrün-versifftete Ökodiktatur und keinen islamischen Gottesstaat Saudi Bavierien mit einem Kalifen Machmut Söder an der Spitze!“

Sozialpolitik für Wohlhabende

Die sozialpolitischen Vorschläge der AfD sind deutlich geprägt durch rassistisches und neoliberales Gedankengut: Mietendeckel

den Euro als Währung behält. Ökonom*innen waren davor, dass ein Austritt der Bundesrepublik aus der EU und der gemeinsamen Währung für die exportorientierte deutsche Wirtschaft und damit die gesamte Gesellschaft katastrophale Folgen hätte. Des Weiteren möchte die AfD eine ganze Reihe an Steuern senken oder ganz abschaffen – wie sie dies finanzieren will, erklärt sie nicht. Dieser Schritt würde vor allem Vermögende begünstigen, zum Beispiel durch die Abschaffung der Erbschaftssteuer, der Schenkungssteuer und der Grunderwerbssteuer. Eine Senkung der Einkommenssteuer für Besserverdienende und die Nichteinführung einer Vermögenssteuer hätten ähnliche Folgen. Arbeitnehmer*innenrechte zum Beispiel für eine effektive Interessensvertretung in Betrieben möchte die AfD einschränken. Insgesamt profitierten also vor allem Reiche, wenn ihre Vorschläge umgesetzt würden.

Bildung à la AfD: Aussortieren in der Schule und missliebige Forschung verhindern

Die AfD will eine leistungsorientierte Bildung mit sozialer Auslese: Das vielgliedrige Schulsystem soll erhalten bleiben und am „Leistungsprinzip“ ausgerichtet werden. Der Anteil von Gymnasiast*innen solle „auf ein sinnvolles Maß

Die AfD will eine leistungsorientierte Bildung mit sozialer Auslese

senken“, weniger Menschen sollten studieren. Stattdessen möchte die AfD Ausbildungsberufe stärker fördern. Kinder, die nicht so gut Deutsch sprechen, möchte die AfD von anderen trennen. Sie sollen in eigenen Klassen unterrichtet werden, weil sonst Kinder, die gut Deutsch sprechen, keine gute Bildung bekämen. Schaut man genauer hin, wird aber schnell deutlich, worum es ihr eigentlich geht: Der Landtagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende Martin Böhm führte 2023 als ‚Begründung‘ für die Trennung der Kinder an: „Weil immer wenn Sie zwei Flüssigkeiten zusammenschütten, dann erhalten Sie irgendwo eine Mischung.“ Die AfD verbreitet extrem rechte Falschbehauptungen über „Gender-Missbrauch“ und „Frühsexualisierung“ in Schulen und Kitas. Sie möchte besonders Eltern Angst machen mit Geschichten von einer erfundenen „Indoktrination durch Gender-Lobbygruppen“. An den bayerischen Hochschulen wünscht sich die AfD „wieder mehr wissenschaftlichen Freigeist“, dazu will aber ihre Wissenschaftsfeindlichkeit nicht passen: Klimaforschung, welche die AfD in ihrem Landtagswahlprogramm in Führungszeichen setzt, sei „ideologisiert“ und „politisiert“. Gender-Forschung, welche die AfD als „Gender-Ideologie“ bezeichnet, ist für sie „pseudowissenschaftlich“. Deren Lehrstühle möchte sie komplett schließen und damit einen ganzen Wissenschaftszweig einstampfen.



Die AfD-Landtagsabgeordneten Benjamin Nolte (links) und Rene Dierkes (rechts) auf einer Kundgebung gegen die Infektionsschutzmaßnahmen im November 2021. Bild: firm

Die Partei fordert außerdem, die Bildungsreform von Bologna 2004 rückgängig zu machen und Bachelor- und Masterstudiengänge wieder abzuschaffen.

Keine Antwort auf den Klimawandel

Verschwörungserzählungen sind ein wichtiger Teil des AfD-Denkens. Ihr jüngstes Landtagswahlprogramm und ihre Funktionär*innen wie Jurij Kofner und Petr Bystron wettern etwa gegen einen angeblichen „Great Reset“ und beziehen sich damit auf eine unwahre Verschwörungsgeschichte über einen angeblich geplanten Umbau der gesamten Welt durch böswillige globale Eliten gegen die Interessen der Bevölkerung. Auch zum Klimawandel glaubt die AfD an Verschwörungserzählungen: Sie hält die eindeutige Forschungslage zur gefährlichen menschengemachten Erderhitzung für falsch und manipuliert und will daher keine Klimaschutzmaßnahmen. Ihre Vertreter*innen wie Andreas Reuter aus dem Vorstand des Kreisverbandes München Nord, Benjamin Nolte oder Markus Walbrunn sprechen gerne von der Erderhitzung als einer „Klimahysterie“, „Klimapropaganda“ oder einer „Klimalüge“, AfD-Funktionär Thomas

Baack teilt online Beiträge, die den Klimawandel bezweifeln und schreibt von „Ökofaschismus“. Selbst angesichts einer sich immer weiter erhitzenden Erde behauptete die AfD in ihrem Landtagswahlprogramm 2023 „das Klima kann nicht von Deutschland oder Bayern aus verändert werden.“ Ein „politisches Machtkartell“ der demokratischen Parteien wolle vielmehr in Bayern eine „ökosozialistische Planwirtschaft“ errichten. Bestehende Klimaschutzmaßnahmen wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz will sie abschaffen und den Ausbau erneuerbarer Energien einschränken: Die 10-H-Regel für Windkraftanlagen, die den Ausbau in Bayern massiv verzögert hat, möchte sie beibehalten, die Vorgaben für den Bau neuer Sonnen- und Windkraftanlagen möchte sie „so großzügig wie möglich auslegen“, weil sie Windenergieanlagen für einen „verhängnisvollen Irrweg“ hält. Einen CO₂-Ausgleichsmechanismus möchte die AfD verhindern, ihre Vertreter*innen wie Andreas Reuter fordern, die CO₂-Besteuerung abzuschaffen. Statt erneuerbare Energien auszubauen, will die Partei alte und neue Atomkraftwerke weiterbetreiben und in Kernenergieforschung investieren.

Statt erneuerbare Energien auszubauen, will die Partei alte und neue Atomkraftwerke weiterbetreiben und in Kernenergieforschung investieren

Statt erneuerbare Energien auszubauen, will die Partei alte und neue Atomkraftwerke weiterbetreiben und in Kernenergieforschung investieren.

Verschwörungserzählungen als Grundlage für Politik?

Die Corona-Maßnahmen der Staatsregierung waren in den Augen der AfD „unverhältnismäßig“, sie stellt außerdem einen Zusammenhang zwischen Impfschäden und erhöhten Sterbezahlen her. Sie fordert, die Impfungen auszusetzen, obwohl diese weltweit Millionen Menschenleben gerettet haben. Für die AfD sind sie dagegen „genbasierte mRNA-Injektionen“. Die Partei ruft zusätzlich nach einem Ende der Masern-Impfpflicht. Gesundheitspolitik international vernetzt in Organisationen wie der WHO und der EU zu machen, lehnt die AfD selbst nach einer globalen Pandemie ab und knüpft damit bei Pandemieugner*innen an, zu deren Feindbild diese Organisationen zählen. Die AfD pflichtet ihnen bei: „Gesundheitsschutz muss eine nationale Aufgabe bleiben und darf nicht der WHO und der EU überlassen werden.“

AFD-Vertreter*innen werben um die Stimmen der verschwörungsideologischen Pandemieugner*innenszene, die seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie auch in München aktiv ist. AfD-Funktionär*innen beteiligen sich an deren Aktionen, verbreiten deren Falschbehauptungen über die Infektionsschutzmaßnahmen und setzen sie in parlamentarische Initiativen um, wie

zum Beispiel Markus Walbrunn im Münchner Stadtrat. Sein Parteikollege Christoph Rätscher brüstet sich im Internet mit seiner Teilnahme an Aufzügen der Szene, auch andere Funktionär*innen wie Jitka Machyan, Markus Walbrunn und Benjamin Nolte liefen auf einschlägigen Demonstrationen gegen

AfD-Vertreter*innen werben um die Stimmen der verschwörungsideologischen Pandemie-leugner*innenszene, die seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie auch in München aktiv ist

die Maßnahmen mit. Noch weiter geht die Einbindung in die Szene bei Andreas Reuter, dem stellvertretenden Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes München Nord: Er spricht in der Coronapandemie nicht nur von einer „Herrschaft des Unrechts“ sondern sitzt auch im Vorstand der Pandemieleugner*innen-Organisation „Eltern stehen auf“ und ist unter anderem als Redner seit Beginn der Pandemie an Aktionen der Szene beteiligt. Im Netz verbreitet Reuter Posts

der Pandemieleugner*innenszene, darunter solche, die zur Bestrafung der Verantwortlichen für die Infektionsschutzmaßnahmen wie Impfungen aufrufen und wirbt für die Teilnahme an einschlägigen Demonstrationen, die er regelmäßig besucht. Wie die Pandemieleugner*innenszene, zu deren parlamentarischen Arm sich die AfD ab Mitte 2020 gemacht hat, fordert die Partei eine solche Abrechnung: „Eine juristische und wissenschaftliche Aufarbeitung der rechtswidrigen Politik ist dringend erforderlich!“ Seit dem Ende der Pandemie haben sich die verschwörungsideologischen Aktivist*innen von Gruppen wie „München steht auf“ neue Themen gesucht und treten etwa für russische Interessen im Krieg in der Ukraine ein. Auch in diesem Punkt folgt ihnen die bayerische AfD und ruft nach Zugeständnissen an das autoritäre Putin-Regime, trotz dessen Überfall auf die Ukraine. Bezirksvorstandsmitglied Christoph Rätscher teilte auf seinem Facebookprofil vier Monate nach dem Überfall 2022 Propagandavideos russischer Kampffjets und Hubschrauber.

Im Sinne extrem rechter Verschwörungserzählungen von einem angeblichen „Austausch“ der Bevölkerung durch Migration fordert die AfD „mehr bayerische Kinder statt Massenmigration“. Eine „Umvolkung“ sieht Bezirksausschuss-

Im Sinne extrem rechter Verschwörungserzählungen von einem angeblichen „Austausch“ der Bevölkerung durch Migration fordert die AfD „mehr bayerische Kinder statt Massenmigration“

mitglied Bruno Fuchert in Deutschland durch Migration im Gange – ein Konzept einer gezielten und gewaltvollen Veränderung der ethnischen Bevölkerungszusammensetzung aus den 1920er-Jahren und dem Nationalsozialismus. Stadträtin Iris Wassill dozierte 2017 über die



Andreas Reuter (links) und Christoph Rätscher (rechts) reden gegen eine Vorlesestunde von Dragqueens in Bogenhausen im Juni 2023 an. Bild: firm

vermeintliche „Ideologie der Offenen Gesellschaft“: „Der Begriff offene Gesellschaft steht für grundgesetzwidrige Bestrebungen Deutschland als Staat abzuschaffen und die Bürger in eine völlig undefinierte, unsichere Zukunft zu schicken.“ „Dieses gesamte Netzwerk der Ideologie der ‚Offenen Gesellschaft‘“ sei „zu bekämpfen, zu verbieten“ so Wassill weiter in ihrer Präsentation. Der Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes München Ost, Rene Dierkes, klagt, dass „die Zurückdrängung der europäischen Völker überall auf Hochtouren läuft“ und führt die rechte Verschwörungsgeschichte weiter aus: „Die Vertreter der Massenmigration wollen all jenes zerstören, um sich durch einen globalen Einheitsbrei effektivere Kontroll- und Machtausübungsmöglichkeiten zu verschaffen.“

Gegen Gleichstellung und Vielfalt

Eine Förderung von Menschen, die von sexistischer und/oder rassistischer Benachteiligung betroffen sind, lehnt die AfD ab: „Frauen- und Migranten-Quoten sind inakzeptabel und abzuschaffen.“ Die antifeministische Ausrichtung der AfD wird deutlich, wenn sie sich etwa dagegen ausspricht, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen als Menschenrecht zu betrachten, wie

Eine Förderung von Menschen, die von sexistischer und/oder rassistischer Benachteiligung betroffen sind, lehnt die AfD ab

es bei anderen Teilen der medizinischen Versorgung längst der Fall ist. In ihrem Landtagswahlprogramm spricht die AfD Bayern von Gleichberechtigung, eine Gleichstellung von Männern und Frauen ist ihr aber ein Graus, denn die sei „leistungsfeindlich, ungerecht“ und eine „verfassungswidrige Diskriminierung“. Gegenderte Sprache, die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt abbildet, will die AfD gleich ganz verbieten.

Die Münchner AfD macht Politik mit LGBTQI-Feindlichkeit. AfD-Stadtrat Markus Walbrunn bezeichnet die Regenbogenfahne als „Totalitarismus der Gegenwart“ und „Symbol einer linksradikalen Ideologie“. Gegen eine Drag-Vorlesestunde in der Stadtbibliothek Bogenhausen am 13. Juni 2023 organisierte die AfD extra eine Kundgebung, die sie mit Plakaten bewarb, welche an NS-Propaganda erinnern. Das Motiv zeigt ein verängstigt in die Kamera blickendes Kind, an das sich aus dem dunklen Bildhintergrund eine geschminkte Person mit Bart anschleicht und bedrohlich nach ihr greift. AfD-Funktionär Jurij Kofner sprach auf der Bühne davon, Trans-Personen „Dämonen auszutreiben“, ihr Landtagsabgeordneter Jan Schiffers bezeichnete die Veranstaltung online als „Dreck“. Der Münchner AfD-Funktionär Christoph Rätcher beschimpfte die Vorlesestunde als „abscheuliche Regenbogenveranstaltung“ und behauptete, Kinder seien durch sie „in Gefahr“, weil versucht werde „ihre Sexualität auf diese Art und Weise zu beeinflussen“. Er setzte nach mit der extrem rechten Verschwörungserzählung, dass eine vermeintliche „Genderideologie“ die „traditionelle Familie“ zerstören wolle. Mit diesen Bezügen zu angeblichem Kindesmissbrauch und einer vermeintlichen Abwehrsituation ‚begründen‘ rechte Akteur*innen gerne ihre LGBTQI-Feindlichkeit. Eine Familie besteht in den Augen der AfD „im Idealfall“ aus Vater, Mutter und Kindern, sie lehnt eine Gleichstellung von LGBTQI-Personen ab. Sie sieht sich als Kämpferin gegen „ideologische motivierte Versuche, die traditionelle Familie zu diskreditieren“, will den „Kult um ‚Regenbogenfamilien‘ eindämmen“ und gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption verbieten.

Antisemitische Töne

Neben der Agitation gegen queere Menschen, Migrant*innen, Geflüchtete und Muslim*innen ist in der AfD auch Antisemitismus sichtbar. So verwenden Vertreter*innen der Münchner AfD wie Markus Walbrunn und Jurij Kofner die einschlägige Kategorie „Kulturmarxismus“. Das Wort bezieht sich auf den na-



AfD-Funktionär und Bezirksausschussmitglied Thomas Baack mit dem Landesvorsitzenden der bayerischen AfD, Stephan Protschka, auf einer Kundgebung der Partei gegen die Infektionsschutzmaßnahmen im März 2022. Bild: firm

tionalsozialistischen Terminus „Kulturbolschewismus“, mit dem die Nationalsozialist*innen behaupteten, dass ‚die Juden‘ hinter dem Kommunismus stünden. Walbrunns Parteikollege Thomas Baack benutzt in einem Online-Beitrag gleich das Original und bezeichnet einen Text als „kulturbolschewistischen Quatsch“. Nationalsozialismus und Holocaust verharmlosen AfD-Vertreter*innen wie Europaparlamentskandidat Petr Bystron immer wieder, indem sie diese mit

Neben der Agitation gegen queere Menschen, Migrant*innen, Geflüchtete und Muslim*innen ist in der AfD auch Antisemitismus sichtbar.

den Infektionsschutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie oder ihrer eigenen vermeintlichen Verfolgung durch politische Gegner*innen gleichsetzen. Parteivertreter*innen klagen über einen angeblichen „Schuldskult“ zu NS-Regime, Weltkrieg und deutschem Genozid. So rief die Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Katrin Ebner-Steiner, in ihrer Rede auf dem Politischen Aschermittwoch 2024, dass „Sektierer“ ein „stabiles Volk“ nach dem Krieg mit „Schuldgefühlen“ „überschüttet“ hätten. Der Vorsitzende des Kreisverbandes München Ost, Rene Dierkes, schreibt über den jüdischen Milliardär George Soros, dass „in den EU-Apparaten“ „von Soros auserwählte Vasallen“ säßen. Soros steht im Zentrum einer Unzahl antisemitischer Ver-



Protest gegen einen AfD-Stand in Thalkirchen im Mai 2023. Bild: firm

schwörungserzählungen, die behaupten, dass reiche Juden wie er die Weltpolitik kontrollieren. Stadträtin Iris Wassill erwähnte den Investor in ihren Vorträgen über geheime „Machteliten“ und nannte ihn den „Feldherr(en) der ‚Offenen Gesellschaft‘“. Er gelte aufgrund seiner Spenden „quasi als Besitzer“ der demokratischen Partei in den USA, so Wassills Präsentation weiter. Die USA hätten in vielen Ländern der Welt „Farbrevolutionen“ angestoßen: „Es ging George Soros dabei nie um die Einführung von Demokratie, sondern darum, zögerliche Länder unter die Kontrolle Washingtons zu stellen und zwar stets im Interesse einer einheitlichen globalisierten Welt, dominiert von Washington und der Wall Street.“ Bezirksausschussmitglied Bruno Fuchert veröffentlichte im März 2023 im Internet eine antisemitische Karikatur zur vermeintlichen Gehirnwäsche mit einer „deutschen Dauerschuld“ durch „politisch zwangsfinanzierte deutsche Staatssender“, die in Manier des nationalsozialistischen Hetzblattes „Der Stürmer“ einen verschlagenen Juden mit Hakennase zeigt.

Unter Gleichgesinnten: Die AfD in rechten Netzwerken

Die Münchner AfD solidarisiert sich mit der Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA). Während andere Landesverbände sich zu ihr aufgrund ihres noch radikaleren Auftretens und ihrer Verbindungen zu anderen extrem rechten

Gruppen wie der „Identitären Bewegung“ spätestens seit der Bekanntgabe ihrer Beobachtung durch den Verfassungsschutz auf strategische Distanz begeben, treten bayerische Funktionär*innen offensiv mit der „JA“ auf. So hielt etwa AfD-Kandidat Jurij Kofner eine Rede auf der Sommerakademie der „JA“ im August 2023, seine Parteifreunde Markus Walbrunn und Benjamin Nolte stellten sich im Rahmen der LGBTQI-feindlichen Kampagne „Stolzmonat“, die unter anderem vom Kopf der „Identitären Bewegung“ ausgerufen wurde, mit einem Transparent der „JA“ in die Münchner Innenstadt. Benjamin Nolte setzte sich mit einer eigenen Anfrage im Landtag und Internetposts für Martin Sellner ein und kritisierte mögliche staatliche Maßnahmen gegen den extrem rechten Aktivist, der maßgeblich für die internationale Verbreitung rassistischer Verschwörungserzählungen verantwortlich ist. Bevor er diese 2019 in einem blutigen Anschlag mit 51 Toten im neuseeländischen Christchurch in die Tat umsetzte, spendete der Attentäter Brandon T. an Sellner und tauschte sich mit ihm in E-Mails aus. Kein Grund für Rene Dierkes, sich nicht im Netz mit Sellner zu solidarisieren, das Symbol der „IB“ zu zeigen und zu hohnen, dass sich „das System“ aus Angst vor dem Aktivist „einnäse“.



Extrem rechte Burschenschafter posieren auf einer Kundgebung von AfD und Compact Magazin im Februar 2023 mit dem White-Power-Zeichen. Bild: firm



Der ehemalige Stadtrat und NPD-Funktionär Karl Richter am Rand einer AfD-Kundgebung auf dem Max-Joseph-platz am 8. Januar 2024 Bild: firm

Stolz präsentierte auch der AfD-Funktionär Jurij Kofner im Januar 2024 Bilder von sich und dem Kopf der „Identitären“, bezeichnete die Bundesrepublik als „DDR 2.0“ und klagte, dass solche „freiheitlich-rechten Patrioten“ als Verfassungsfeinde gälten. Der Kreisvorsitzende für München Nord und Europaparlamentskandidat Petr Bystron fordert seit Jahren, dass die AfD solidarisch mit der „IB“ sein solle und sich als deren „Schutzschild“ verstehen müsse. Auf den Kundgebungen der AfD in München sind IB-Vertreter*innen immer wieder präsent, so auch am 13. Juni 2023 vor ihrem Versuch, den Veranstaltungsraum der Draglesung in der Stadtbibliothek zu stürmen. Am 8. Januar 2024 zeigten sich IB-Aktivist*innen in regem Austausch mit den Teilnehmenden einer AfD-Kundgebung auf dem Max-Joseph-Platz – ebenso wie der ehemalige Stadtrat und NPD-Funktionär Karl Richter. Beiträge über Aktionen der „IB“ aber auch Beiträge von Vertreter*innen einer unverhohlenen extrem rechten Parteilinie wie dem thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke und sogar Personen, die aus der Partei ausgeschlossen wurden, wie Andreas Kalbitz und Doris von Sayn-Wittgenstein, werden von Münchner AfD-Anhänger*innen wie Rene Dierkes geteilt. Im Rahmen des Wahlkampffinales in Peissenberg im September 2023 zelebrierte AfD-Kandidat Benjamin Nolte einen gemeinsamen Auftritt mit Höcke.



AfD-Funktionär Andreas Reuter und die AfD-Stadträte Daniel Stanke und Markus Walbrunn auf einer Demonstration der Münchner Pandemielegner*innenszene. Bild: firm

Die Nähe der AfD zu anderen extrem rechten und verschwörungsideologischen Akteur*innen ist ebenfalls auffällig. AfD-Funktionär Jurij Kofner war als Kandidat Gast in der Sendung des extrem rechten Schweizer Aktivisten Ignaz Bearth und sprach davon, dass Deutschland besetzt und nicht souverän sei, wie es Reichsbürger*innen tun. Kofner bespricht und präsentiert auf seinen Internetauftritten Bücher des einschlägigen

Die Nähe der AfD zu anderen extrem rechten und verschwörungsideologischen Akteur*innen ist ebenfalls auffällig

Antaios-Verlages aus dem Netzwerk des extrem rechten Ideengebers Götz Kubitschek und bewirbt Szeneorganisationen wie die „Gegen-Uni“. Im Juni 2023 ist er zu Gast im Podcast von Martin Sellner, im Januar 2024 hält er einen Vortrag bei der rechten Münchner Burschenschaft „Stauffia“. Rene Dierkes nahm im Juli 2022 an einem Vortrag der extrem rechten Burschenschaft Danubia teil, der Landtagsabgeordnete Benjamin Nolte ist dort als sogenannter „Alter Herr“ sogar selbst Mitglied. Stadträtin Iris Wassill beantragte 2016 einen „Staatsangehörigkeitsausweis“ und ordnete sich dem ‚Königreich Bayern‘ zu – ein für Reichsbürger*innen typisches Vorgehen. Im Dezember 2023 verharmloste der AfD-Europaparlamentskandidat Petr Bystron die Reichsbürgergruppe „Patriotische Union“, gegen die Ermittlungen wegen eines mutmaßlichen gewaltsamen Umsturzes laufen. Bystron



Die ehemaligen AfD-Landtagskandidaten Ulrich Henkel (Mitte mit schwarzer Mütze) und Christoph Rättscher (rechts mit Schild) Bild: firm

bezeichnete die über 60 Verhafteten als eine „Handvoll Rentner“, von denen „keine ernsthafte Bedrohung“ ausgehe, obwohl bei Angehörigen der Gruppe Angriffspläne mit Feindeslisten, über 360 Schusswaffen und zehntausende Schuss Munitio n gefunden wurden. So wie Bystron ist die AfD insgesamt bemüht, rechten Terrorismus und rechte Gewalt und ihre Rolle darin, diesen den Weg zu bereiten, herunterzuspielen.

Auf den Versammlungen der Pandemie leugner*innenszene marschier(t)en AfD-Funktionär*innen ebenso Seite an Seite mit rechten Burschenschaftlern und Verschwörungsideolog*innen. Die Materialien ihrer Kampagne gegen die Infektionsschutzmaßnahmen „Gesund ohne Zwang“ werden dort bis heute gezeigt. Funktionär*innen wie Jitka Machyan und Rene Dierkes verbreiten online Beiträge extrem rechter Plattformen wie „Journalistenwatch“, „Unser Mitteleuropa“, „Compact“ oder „PI-News“. Auf solchen Seiten wird AfD-Wer-



Im Juni 2023 nutzen Aktivist*innen der extrem rechten „Identitären Bewegung“ die AfD-Kundgebung gegen eine Drag-Vorlesestunde in Bogenhausen als Ausgangspunkt für ihren Versuch, die Veranstaltung zu stürmen. Bild: firm

bung gezeigt, diese wiederum geben Inhalte der Partei wie Reden ihrer Funktionär*innen an ihr Publikum weiter. Die AfD verharmlost sie als „alternative Medien“ und arbeitet mit ihnen zusammen. So berichtete das extrem rechte Magazin „Info-Direkt“ nicht nur von deren Politischem Aschermittwoch in Osterhofen 2024 sondern durfte im Dezember 2023 auf einer eigens für sie organisierten Veranstaltung der AfD im Landtag auftreten. Im Februar 2023 hielt die AfD gemeinsam mit Compact News, der größten deutschsprachigen extrem rechten Verschwörungsplattform, eine Kundgebung auf dem Karl-Stützel-Platz ab. Die Reden der AfD-Funktionär*innen wie Benjamin Nolte,

Auf den Versammlungen der Pandemie leugner*innenszene marschier(t)en AfD-Funktionär*innen ebenso Seite an Seite mit rechten Burschenschaftlern und Verschwörungsideolog*innen

der sich gegen die Unterstützung für die Ukraine, das rechte Feindbild eines angeblichen „Globalismus“ und die vermeintliche „Corona-Diktatur“ ereiferte, waren ganz auf einer Linie mit Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer. In ihrer Sprache zeigt die AfD ebenfalls ihre Nähe zu anderen Teilen der extremen Rechten: Rene Dierkes bezeichnet Gegendemonstrant*innen etwa als „linke Zecken“, „ungewaschen“, „Ausgeburten der Hölle“, „Mischpoke“ und „rote Rat-

ten“, die man „in ihre Löcher vertreiben werde“ – Ausdrücke wie sie Neonazis verwenden. Im August 2023 setzte er ein Kopfgeld für Informationen zu einer Gegendemonstrantin aus, die gegen einen AfD-Infostand protestiert hatte. Mit Anträgen und Anfragen nehmen die AfD-Stadträt*innen ihr missliebige zivilgesellschaftliche Organisationen aufs Korn und versuchen, ihnen die Finanzierung zu entziehen. Journalist*innen geht die AfD ebenso immer wieder an. Sie spricht ihnen oft die professionelle Neutralität ab und beschimpft sie als „linksextrem“. Markus Walbrunn behauptete im Mai 2023 etwa, dass die großen deutschen Medien nicht neutral berichteten, sondern „Politaktivisten“ seien, die das Ziel hätten „eine linksliberale grüne Ideologie durchzudrücken“. Im Juni sprach er von einem „linksextremen Geist“, der sich in der ARD „eingenistet“ habe. Diese Agitation gegen Journalist*innen und die Bekämpfung politischer Gegner*innen haben in der AfD hohen Stellenwert – genau wie in anderen Teilen der extremen Rechten.

Die Münchner AfD macht Politik mit Rassismus, Ausgrenzung und Verschwörungserzählungen. Sie macht Stimmung gegen alle, die sie zum Feindbild erklärt hat: Geflüchtete, Migrant*innen, Muslim*innen, politische Gegner*innen, Journalist*innen, LGBTQI-Personen. Ihre Sozialpolitik würde Sozialbenachteiligten schaden und die wirtschaftliche Spaltung in der Gesellschaft weiter verschärfen. Der von ihr angestrebte EU-Austritt hätte katastrophale Folgen. Auf wichtige politische Fragen wie den Umgang mit dem Klimawandel hat sie keine Antworten und will sogar Maßnahmen gegen die Erderhitzung verhindern und wieder einstellen. In ihren Positionen, ihrer politischen Themenwahl, ihren Kooperationen und ihren Versammlungen zeigt die AfD, dass sie Teil extrem rechter Netzwerke ist, die weit über die Partei hinausgehen und strategisch zusammenarbeiten, um die liberale Demokratie zu untergraben.